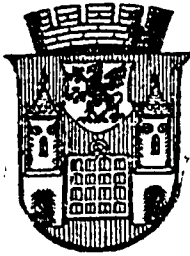


# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein erforderlich.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluss der Anzeigenannahme 11 Uhr mittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 36

Mittwoch, den 12. Februar 1930

37. Jahrgang

## Der Youngplan vor dem Reichstag.

### Curtius über den Haag.

Kampfbeginn im Reichstag.

Berlin, 12. Februar.

Überfüllte Logen und Tribünen, vollbesetztes Haus, ein Heer von Ministerialreferenten und Beamten, auf den Plätzen des Reichsrats und der Länderregierungen Kopf an Kopf, auf der Regierungsbank neben dem Reichskanzler und dem Minister für die besetzten Gebiete der Hauptsprecher des Tages, Reichsaußenminister Dr. Curtius — alles Vorzeichen und Gepräge eines ganz großen Tages, über dem Ganzen etwas Unbegabtes, Unbestimmtes — ein Fieber von Erwartung und Spannung — als Reichstagspräsident Löbe die Sitzung um 12 Uhr eröffnet.

### Eine erregte Sitzung.

Er widmet zunächst

dem Abgeordneten Dr. Levi,

der inmitten schwerer Krankheit durch einen tragischen Unglücksfall aus dem Leben geschieden sei, einen Nachruf. Das Haus hatte sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben; die Kommunisten und Nationalsozialisten blieben der Kundgebung fern.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die erste Beratung der Gesetzentwürfe zur Durchführung der Haager Vereinbarungen.

Das Wort nimmt sofort

### Reichsaußenminister Dr. Curtius.

Der Minister erinnert an die Regierungserklärung vom Juli 1928, an deren Spitze die Befreiung der besetzten Gebiete, die befriedigende Regelung der Saarfrage und eine endgültige Regelung der Reparationsfrage standen.

Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens stehe jetzt der feste Räumungstermin und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Lastenerleichterung mit sich bringe. Verhandlungen über die Saarfrage seien im Gange, die mit dem Ziele geführt würden, sobald wie möglich die restliche Rückgliederung des Saargebietes in die deutsche Souveränität zu erreichen.

Der Minister gibt dann einen Rückblick auf die letzten Jahre deutscher Außenpolitik, in deren Vordergrund die Räumungsfrage stand. Andererseits würde die Revision des Dawesplanes in Deutschland, je härter sich der Druck seiner finanziellen und politischen Fesseln fühlbar machte, umso dringender gefordert. Die deutsche Regierung hat die Gleichzeitigkeit der Verhandlungen über Reparationen und Räumung durchgesetzt. Stresemann hat seine letzte Kraft daran gesetzt, die Räumungsfrage zu lösen. Besondere Gemütsanstrengung bereitete es ihm, daß das Ziel erreicht werden konnte, ohne daß es zur Einrichtung eines Kontrollorgans gegenüber dem Rheinland gekommen wäre.

Mit der Bevölkerung des besetzten Gebietes fühlen alle verantwortlichen Politiker, daß der Tag der endgültigen Räumung ein denkwürdiger Augenblick ist, in dem schwere Besorgungen und Sorgen vergangener Jahre ausgelöst werden.

### Das Sanktionsystem.

Auf der zweiten Haager Konferenz wurde das Werk Stresemanns fortgesetzt. Das sogenannte Sanktionsystem des Versailler Vertrages wurde beseitigt.

Die Reparationskonferenz hat keine Funktionen mehr auszuüben.

Die bei dieser Gelegenheit ausgetauschten Erklärungen beziehen sich auf den Fall, daß in Zukunft einmal eine deutsche Regierung den Plan absichtlich zerreißen könnte. Sie stellen fest, daß die Gläubigerregierungen selbst im äußersten Falle nicht das Recht haben, auf Grund einseitiger Annahmen und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen. Erst nach einem für Deutschland ungünstigen Spruch der höchsten internationalen Instanz erhalten sie das Recht voller Handlungsfreiheit wieder, nachdem also auch Deutschland die Handlungsfreiheit eigenmächtig für sich in Anspruch genommen hat. Es ist nochmals festzustellen, daß das Versailler Sanktionsystem beseitigt und Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt ist. Der Minister behandelt dann die bei den Haager Verhandlungen über den Young-Plan gemachten Zugeständnisse.

Eine Mehrbelastung Deutschlands sei nicht eingetreten.

Einen breiten Raum nehmen seine Ausführungen über die Liquidationsabkommen ein. Die Sonderverhandlungen über die Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums und Herausgabe von Ueberfällen hätten zum Teil zu

guten, zum anderen Teil zu geringen Ergebnissen geführt. In England unterliege die Freigabe leider großen Anstrengungen.

### Polenskommen.

Der Inhalt und Zweck des polnischen Abkommens sind in der deutschen Öffentlichkeit vielfach in geradzug unbegreiflichem Maße verflächt worden.

Es sind Vorwürfe erhoben, Schlagworte geprägt und Schlussfolgerungen gezogen worden, die mit dem wahren Sachverhalt nicht das Geringste zu tun haben. Man ist so weit gegangen, zu sagen:

daß dieses keine Zweckabkommen die großen Fragen unserer Politik nachteilig beeinflusse. Nichts von alledem ist wahr.

Abgeordneter Dr. Goebels (Nat.-Soz.): Das glauben Sie ja selbst nicht! — Der Käufer erhält einen Ordnungsruf. Für den gegenüber Polen ausgesprochenen Verzicht sind wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht worden. Namentlich für die deutsche Minderheit in Polen haben wir den Druck, der zehn Jahre nach dem Kriege auf ihr gelastet hat, erleichtert. Es ist richtig, daß wir eine finanzielle Belastung übernommen haben, sie hält sich aber im Rahmen des Tragbaren und geht nicht im entferntesten in Milliardenbeträge. Dieser angebliche Milliardenverzicht soll daher itakommen, daß wir Polen von seiner Verpflichtung zur Bezahlung des deutschen Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten befreit hätten. Es ist bis zum Ermüden immer und immer wieder schon betont worden, daß wir einen solchen Anspruch gegen Polen überhaupt nicht mehr hatten.

Wer behauptet, daß die durch das Abkommen gewonnenen nationalpolitischen Vorteile gering seien, hat den schwereren Weg der deutschen Minderheit in Polen verweigert.

12 000 deutsche Rentengutsbesitzer mit einer Familientopfganzahl von etwa 80 000 Personen haben wir wenigstens in ihren Erbrechten sicherstellen können. Die Reichsregierung glaubt, daß wir durch dieses Abkommen einen Schritt weitergekommen sind. Der Minister bespricht dann die zweite Haager Konferenz. Es ist gelungen, bei der Regelung der offengebliebenen Fragen Deutschland vor weiteren Belastungen zu bewahren. Die Reichsregierung ist sich der Schwere der Last, die auf zwei Generationen gelegt wird, voll bewußt. Niemand vermag heute eine sichere Voraussage für eine so lange Zukunft über die Entwicklung des Wirtschaftslebens zu machen.

### Dawes- und Youngplan.

Für die Entscheidung über den neuen Plan ist einzig und allein maßgebend die Beantwortung der Frage, ob Besseres zu erreichen war, und ob das Erreichte einen Fortschritt bedeutet.

Wird diese Frage im Sinne der Stellungnahme der Reichsregierung beantwortet, so muß sich damit der feste Entschluß verbinden, mit allen Kräften in ehrlichen Bemühungen die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Der Minister erinnert daran, daß nach dem Londoner Zahlungsplan Deutschland mit einer Kapitalkuld von 132 Milliarden Goldmark belastet wurde. Die Kapitalkuld nach dem Youngplan betrage 34,5 Milliarden.

Die durchschnittliche Jahreslast sei gegenüber dem Dawesplan um fast 500 Millionen niedriger. Hierbei sei der Wohlstandsindeks noch nicht eingerechnet. Die Schutzmaßnahmen des Dawesplans hätten die in sie gesetzten Erwartungen nicht gerechtfertigt. Nach dem Youngplan sei Deutschland für die Devisenaufbringung selbst verantwortlich. Das sei allein unserer Würde.

Alles in allem enthalte der Young-Plan bessere Garantien für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Wirtschaft als der Dawesplan. Hinzu komme, daß alle Pfänder, Kontrollen und ausländischen Verwaltungsratsmitglieder fortfallen.

Schließlich trete Deutschland in einer völlig veränderten politischen Lage den neuen Reparationsweg an. Es werde von fremder Besatzung frei, befreit auch von der Willkür des Versailler Sanktionsystems. Der neue Plan beruhe auf dem Grundgedanken des gemeinsamen Interesses aller beteiligten Länder und erfordere daher die Zusammenarbeit aller dieser Länder. Der Minister erklärt zum Schluß, daß ihm nichts ferner liege als Schönfärberei, als eine Verkennung der Tragweite und Verantwortung der zu treffenden Entscheidung. Niemand denke daran, sich hier eines großen deutschen Erfolges zu rühmen. Die Bedenken würden aber doch von den Vorteilen der neuen Regelung übertriffen.

Die Reichsregierung habe deshalb die Frage, ob das Interesse unseres Landes die Annahme der Beträge erfordert, mit einem ehrlichen Ja beantwortet. Sie erwartet

zuverlässlich, daß sich der Reichstag zu der gleichen Antwort entschließt.

Ein Antrag des Abgeordneten Schulz-Bromberg (Dnt.), den Beginn der Aussprache auf Mittwoch zu verlagern, da infolge der späten Verteilung der Druckfahnen die meisten Abgeordneten sich noch nicht gründlich vorbereiten konnten, wird abgelehnt.

### Die Aussprache.

Abgeordneter Dr. Breitscheid (Soz.):

Kein vernünftiger Mensch werde leugnen können, daß es in den letzten Jahren vorwärts und aufwärts gegangen ist und daß wir eingerückt sind in die Linie der politischen Gleichberechtigung. Wir hegen an der Vollständigkeit und Endgültigkeit des Youngplans sehr starke Zweifel. Vor allem bringt der Youngplan die Rheinlandräumung. Er hat gewiß viele große Mängel, aber der Reichsbankpräsident, der selbst mitverantwortlich für die vielfach unklare Abfassung des Gutachtens der Sachverständigen ist, hat kein Recht zur Kritik. Die Zustimmung zum deutsch-polnischen Abkommen fällt auch uns nicht leicht. Aber wir müssen uns mit dem Polen, wie es nun einmal besteht, abfinden und zu einem modus vivendi kommen. Wir sind mit dem Zentrum durchaus einverstanden damit, daß zugleich mit dem Youngplan auch eine Klärung über die finanzielle Ordnung erfolgt. Wir stimmen den Young-Gesetzen zu, weil wir darin einen weiteren Schritt auf dem Wege sehen, der vorwärts und aufwärts führt.

Abgeordneter Dr. Hugenberg (Dnt.),

der dann das Wort erhält, wird von der Linken mit lebhaftem „Ah!“-Rufen empfangen. Er erklärt dann: Als ich das letztmal hier sprach, hatte die Mehrheit des Hauses die Freundlichkeit, mich eine Zeitlang mit der größeren Kraft ihrer Stimmen zu übertönen. Ich hatte dabei darauf hingewiesen, daß die damalige Politik schließlich einmal zur Behebung des Ruhrgebietes führen müsse. Dieses Unglück wurde ja auch Wirklichkeit. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Da hast du schon dran verdient! — Stürmische Wut-Rufe rechts.) Herr Abgeordneter Landsberg? Sie müßten sich in Ihrem Innern dieses Zwischenrufes selbst schämen! (Beifall rechts. Abgeordneter Landsberg bekräftigt, der Zwischenrufer gewesen zu sein. Zuruf rechts: Wels war es, der ist ja bejodet! — Abgeordneter Stöhr (Nat.-Soz.) wird wegen dieses Zurufes aus dem Saal gewiesen. Große Unruhe im ganzen Hause.) Ich stelle fest, daß hier ungekraft einem Mitglied des Hauses etwas derartiges zugeworfen werden kann.

Als Abgeordneter Wels auf eine Frage des Präsidenten: jagt, den Zuruf gemacht zu haben, erhält er einen Ordnungsruf. Von der Rechten wird förmlich seine Ausschließung verlangt. Nur allmählich kehrt wieder Ruhe ein. Abgeordneter Straßer (Nat.-Soz.) wird wegen verschiedener Zurufe gleichfalls aus dem Saal gewiesen. Abgeordneter Got (Dnt.) erhält einen Ordnungsruf.

Der Abgeordnete Hugenberg fährt dann fort und erklärt, daß der Entschluß, vor dem der Reichstag stehe, an die Daseinsgrundlagen des Volkes greife. Auch das Ausland erkenne die Unerfüllbarkeit des Youngplanes an. Trotzdem verlange es, ermutigt durch den Unterwerfungswillen der Sozialdemokratie, nicht nur unsere Unterchrist, sondern auch die Sanktionsklausel. Angesichts der Unerfüllbarkeit des Vertrages bedeute diese fast so viel wie eine Vollmacht zur Zerstörung des Reiches. (Zustimmung rechts. Unruhe links.) Lardieu habe gerade jetzt öffentlich erklärt, daß Frankreich ermächtigt sei, deutsche Häfen und Gruben zu beschlagnahmen und das Rheinland von neuem zu besetzen. (Hört! hört! rechts.) Deutschland liege waffenlos im Herzen Europas und verlicke sich trotzdem immer mehr in die Schlingen unerfüllbarer Verträge. Das ganze Gebäude von Optimismus und Schönfärberei, auf dem die Bekämpfung des Volksbegehrens beruhte, ist in sich zusammengebrochen. Der Zustand unseres Staates ist nicht mehr zu verschleiern. Wir sind mitten im Verfall und Kulturvolkschewismus. Eine erfolgreiche deutsche Regierung kann aber nur auf dem Willen zur Freiheit und zur Kultur, also auf der Ablehnung dieses Paktes aufgebaut sein. Wir kämpfen aus vaterländischer Ueberzeugung gegen den Youngplan. Ein ehrliches Nein wird im Auslande besser verstanden und gewertet als ein unehrliches Ja. (Beifall rechts.) Die Polenverträge bedeuten in ihrer Auswirkung die höchste Gefährdung des deutschen Ostens und damit der deutschen Zukunft. (Zustimmung rechts. Unruhe links.) Trotz allem Terror der Regierenden und trotz dieser Notzeit, so erklärt der Redner zum Schluß, haben am Goldenen Sonntag rund 6 Millionen Deutsche vor der Geschichte bekundet, daß sie jede Mitverantwortung für den Youngplan ablehnen. Dem damit angenommenen Volkseitscheid würde die Annahme des Youngplans widerstreiten. Wir bitten heute im Interesse von Land und Volk, das fürchterliche Unglück dieses Vertragswerkes von Deutschland abzuwenden.

### Reichsaußenminister Dr. Curtius.

erwidert sofort und erklärt, er könne wohl im Namen der überwältigenden Mehrheit des Hauses laaen, daß dieser